

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 8. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
-------	-------------------------------------	--

Als **Tischvorlage** liegen vor:

Eine **Neufassung** zu **TOP 10d)** Projekt zur Neuorganisation der Abfallentsorgung/ Winterdienst ab dem Jahr 2018 (NAS2018) 2. Sachstandsbericht – **jetzt Vorlage 19/131!**

Die Vorlage zu **TOP 10h)** Baumschutz bei Baumaßnahmen im öffentlichen Raum

Als Ergänzung zu **TOP 10a und 10b** eine Übersicht Monitoring Wohnungsbau

Der **TOP 10e)** Maßnahmen und Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung – Auswirkung auf Bremen wird in der 8. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft am 14.04.2016 behandelt.

Vertagt wird **TOP 10g)** Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen.

Beschluss

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: Protokoll 19/6 der Sitzung am 11.02.2016)	
-------	--	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
-------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg -FB 01-	Vorlage 19/127
-------	---	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg nach § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung aufgestellt werden soll (Planaufstellungsbeschluss).
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg (Bearbeitungsstand: 08.03.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 98 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von sieben Wohngebäuden mit einer Kindertagesstätte in Bremen-Osterholz, südlich der Otto-Brenner-Allee zwischen Binger Weg und Pfälzer Weg (Bearbeitungsstand: 08.03.2016) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 5	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 91 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von drei Wohngebäuden an der Sankt-Magnus-Straße / Ecke Arndtstraße in Bremen-Walle <ul style="list-style-type: none">• Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung• Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft -FB 01-	Vorlage 19/128
-------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 91 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von drei Wohngebäuden an der Sankt-Magnus-Straße / Ecke Arndtstraße in Bremen-Walle (Bearbeitungsstand: 11.03.2016) abgesehen wird.

2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung sowie der Niederschrift der Einwohnerversammlung (Anlage zum Bericht) den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 91 (Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von drei Wohngebäuden an der Sankt-Magnus-Straße / Ecke Arndtstraße in Bremen-Walle (Bearbeitungsstand: 11.03.2016).

Einstimmig

TOP 6	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 59 (mit Vorhabenplan 59) zum Vorhaben „Seniorenwohnanlage Zum Fichtenhof 1“ für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Straße - Zum Fichtenhof 1 (Flurstücke 65, 66 und 74/3 der Flur VR 356) -BBN-	Vorlage 19/112
-------	---	-------------------

Frau Dr. Schaefer bittet um Darstellung, wie sich die Baumasse des jetzigen Entwurfs zu vorigen Entwürfen verhalte.

Herr Bücking berichtet von einer Einladung der AnwohnerInnen im dortigen Quartier und einem sehr konstruktiven Gespräch. Die Bürgerinnen und Bürger hätten die Vorstellung, dass aus der Erhaltungssatzung und den bisherigen Entwicklungen im Planungsrecht folgen müsse, dass dieses Bauvorhaben sehr viel bescheidener ausgebildet sein müsse.

Frau Sprehe fragt nach Versäumnissen im Verschattungsgutachten.

Herr Buchholz erläutert, dass er einerseits mit Blick aus der gewachsenen Siedlung auf die freie Baufläche die Bedenken der Anwohner sehr gut verstehen könne. Richte man den Blick auf die gegenüberliegende Straßenseite, wo bereits voluminösere Bauten entstanden seien, zeige sich die Dimension ein wenig abgestuft. Die Frage der Verschattung müsse auf jeden Fall weiter verfolgt werden. Die Anwohnerinnen und Anwohner legten größten Wert darauf, dass Nebengebäude an einem für die Lindenbergsiedlung wenig störenden Ort und in einer optisch und ästhetisch vertretbaren Weise errichtet werden.

Frau Neumeyer begrüßt es, dass dieser lange Prozess zu einem Abschluss komme. Es hätten sich viele Beteiligte dabei aufeinander zubewegt. Es werde eine Aufwertung für den Stadtteil sein, wenn sich dort ein kleines Café und ein Restaurant ansiedeln werden.

Herr Donaubauer erklärt, dass nach einem Projektstand aus dem Jahr 2013 mit knapp 940 m² und einer GRZ von 0,43 aktuell 880 m² mit einer GRZ von 0,4 vorgesehen seien. Dies entspräche der Gebietstypik allgemeines Wohngebiet (WA) nach Baunutzungsverordnung. Gängige Praxis sei eine Abweichung bis zu einer GRZ von 0,6 für Nebenanlagen, Stellplätze etc.. Im öffentlichen Interesse liege eine zusätzliche Befestigung des Platzraumes nach Süden, zum Fichtenhof hin, wo öffentlichkeitswirksame Nutzungen angelagert seien. Unter Wahrung der Versickerungsfragen sei dies städtebaulich vertretbar. Das Baugrundstück sei nicht von der Erhaltungssatzung betroffen. Hinsichtlich einer Verschattung müssten die Abstandsflächen nach der Landesbauordnung eingehalten werden. Es bestehe zudem die Bereitschaft, die Verschattungsstudie in den geforderten Umfängen zu ergänzen und mit auszulegen, so dass die Öffentlichkeit und auch die TÖB in dem jetzt anstehenden Beteiligungsschritt Gelegenheit haben, auch dies zu bewerten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 59 (mit Vorhabenplan 59) für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Straße Zum Fichtenhof 1 (Flurstücke 65, 66 und 74/3 der Flur VR 356) (Bearbeitungsstand: 16.03.2016) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 59 (mit Vorhabenplan 59) für ein Gebiet in Bremen-Burglesum an der Straße Zum Fichtenhof 1 (Flurstücke 65, 66 und 74/3 der Flur VR 356) (Bearbeitungsstand: 16.03.2016) einschließlich Begründung öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 7	1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen <ul style="list-style-type: none">• Charlotte-Wolff-Allee• Holthorster Weg• den "Vereinigten Anstalten Friedehorst" (Änderung des Geltungsbereiches, Öffentliche Auslegung) -BBN-	Vorlage 19/126
--------------	---	-------------------

Auf die Frage von **Frau Neumeyer** nach der Möglichkeit, dort eine Turnhalle zu planen, antwortet **Herr Donaubaue**r, dass die vorliegende Planung eine solche Nutzung grundsätzlich ermögliche, dazu aber keine Vorentscheidung treffe. Es handele sich um eine Privatfläche. Dazu habe es verschiedene Vorgespräche gegeben, unter anderem sei auch die Finanzierung zu klären.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der Anpassung des Geltungsbereiches der 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Charlotte-Wolff-Allee, Holthorster Weg und "Vereinigten Anstalten Friedehorst" auf das im Planentwurf (Bearbeitungsstand: 16.03.2016) dargestellte Gebiet zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Charlotte-Wolff-Allee, Holthorster Weg und "Vereinigten Anstalten Friedehorst" (Bearbeitungsstand 16.03.2016) einschließlich Begründung zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes 1209 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Charlotte-Wolff-Allee, Holthorster Weg und "Vereinigten Anstalten Friedehorst" (Bearbeitungsstand 16.03.2016) ein-

schließlich Begründung und den nach Einschätzung der Stadtgemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen ist.

Einstimmig

TOP 8	Teilumbenennungen der Straßen "Lesumbroker Landstraße" und "An Smidts Park" -5-	Vorlage 19/123
--------------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorschläge zur Kenntnis und beschließt deren Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 9	Sanierungsverfahren Hohentor / Alte Neustadt Städtebauliche Umgestaltung des Bereichs der Wallanlagen und des Umfeldes Bahnhof Neustadt zwischen der Eisenbahnlinie Bremen - Delmenhorst, Weser, Am Neustadtbahnhof und Woltmershauser Straße -7-	Vorlage 19/110
--------------	---	-------------------

Frau Schiemann begrüßt die Maßnahmen, die eine Aufwertung des Sanierungsgebiets Hohentor/ Alte Neustadt, des Neustadtbahnhofs und vor allem auch der Wegebeziehung nach Woltmershausen darstellen.

Herr Imhoff fragt nach Einzelheiten zur Ausstattung, Abgrenzung und Kosten des Hundeauslaufplatzes.

Frau Sprehe ergänzt um die Frage nach den anfallenden Reinigungs- bzw. Unterhaltungsmaßnahmen auf der Hundeauslaufläche.

Herr Saxe möchte wissen, ob die Aussage in der Vorlage, dass der Radweg mit einer Breite von 3 m das Potenzial einer Radpremiumroute habe, eine Vorfestlegung enthalte.

Frau Jüngst verweist zur Ausführung und Lage der Hundeauslaufläche auf die Seite 2 der Anlage 6 (Kostenschätzung). Die Pflege und Unterhaltung dieser Fläche erfolge durch den UBB.

Herr Schwarz stellt fest, dass demnach die Kosten für die Einzäunung der Hundeauslaufläche aus der Projektmaßnahme bezahlt würden. Die Kosten für die Pflege der Fläche trage der UBB. Er bittet um einen **Bericht**, wie die Ausstattung, Finanzierung und Pflege für Hundeauslauflächen generell geregelt sei.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die Aussage zur Breite des Fahrradweges lediglich eine Potenzialbeschreibung sei und keine Vorfestlegung darstelle. Für die Festlegung von Premiumradrouten habe man ein geordnetes Verfahren mit entsprechenden Beteiligungen.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung zur Kenntnis und stimmt der Durchführung und der Finanzierung des Projektes 1 zu.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Kostenberechnung für Projekt 2 sowie die bereits erfolgte Antragstellung beim BUMB auf Förderung zur Kenntnis und stimmt der Durchfüh-*

zung der Maßnahme zu. Sie stimmt der Finanzierung unter der Prämisse einer positiven Antragsbewilligung durch den Bund zu. Im Falle eines abschlägigen Bescheides durch das BMUB wird die Deputation erneut befasst.

3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Ankündigung eines weiteren Teilprojektes Umfeld Bahnstation und Bahnhofsgelände Neustadt zur Kenntnis.

Einstimmig

TOP 10	Berichte der Verwaltung	
TOP 10a)	Wohnbauflächen in Bremen -71-	BdV schriftlich

Gemeinsame Befassung mit 10b) und unter Einbeziehung der Monitoringdaten Wohnungsbau.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die ausliegende Grafik der tatsächlich fertiggestellten bzw. geplanten Wohneinheiten von 2011 bis 2020. Auf der Grundlage der Gewos- Studie war 2011 vereinbart worden, pro Jahr 1.400 WE in Bremen zu entwickeln. Die Fertigstellungszahlen für 2015 werden frühestens im nächsten Monat vom Statistischen Landesamt erwartet.

Herr Schwarz erinnert daran, dass festgestellt wurde, dass die Gewos-Daten für Bremen Nord, besonders im Bereich Blumenthal Fehleinschätzungen waren und ein Mehrbedarf an Wohnungen in Bremen-Nord bestehe.

Frau Neumeyer stellt fest, dass noch nicht alle ihre Fragen beantwortet seien, wie z.B. die Fertigstellungen im sozialen Wohnungsbau. Sie habe sich die Baugebiete der 40+-Liste vor Ort selbst angesehen. Ursprünglich sollten von dieser Liste 23 Baugebiete in 2015 fertiggestellt werden. Nach der heute vorliegenden Liste seien davon sechs Vorhaben abgeschlossen und zwei noch im Bau befindlich. Das bedeute, bei fünfzehn dieser Vorhaben, die 2015 fertiggestellt sein sollten, sei – zumindest sichtbar - noch nichts passiert. Diese fünfzehn nicht begonnenen Baugebiete entsprechen 2.990 Wohneinheiten.

Herr Schwarz bittet um einen Bericht zu den Fertigstellungszahlen 2015, sobald die Zahlen des Statistischen Landesamtes vorlägen und ausgewertet seien.

Herr Bücking betont, dass diese Stadt genug Potenzial im Innenbereich habe. Dieses müsse planerisch entwickelt und an dem Markt gebracht werden. Als nächstes sei denkbar, dass sich die Deputation gemeinsam mit dem Ressort überlege, wie man mit diesen Flächen umgehen könne, welche möglicherweise als ein Prototyp entwickelt werden könnten, wie qualitativ ein solcher Städtebau aussehen könne.

Herr Pohlmann hält die benannten Flächen für eine gute Grundlage. Es sei eine Unterstellung, dass Zahlen nicht stimmen würden. Die beiden Berichte und auch das Monitoring zeigen, dass es zwar mehr sein könnte, über die Jahre aber eine Dynamik erreicht worden sei, mit der man vorher nicht gerechnet habe. Ein ganz wichtiger Punkt sei die Schaffung von sozial gefördertem Wohnraum, was inzwischen Bestandteil jedes neuen Bebauungsplanes sei. Dies müsse auch weiterhin im Zusammenspiel mit den Akteurinnen und Akteuren des Bündnisses für Wohnen und den Investoren verfolgt werden.

Frau Bernhard ist der Ansicht, dass nach wie vor nicht genug Wohnraum geschaffen werde. Bereits vor dem Zuwachs an Geflüchteten seien zu wenig bezahlbare Wohnungen geschaffen worden. Es ärgere Sie, dass hier dargestellt werde, dass ausreichend Wohnraum geschaffen werde, tatsächlich aber werde nur virtuell gebaut. Diese Wohnungen seien faktisch nicht da, sondern nur hochgerechnet. Unter dem Strich werde deutlich, wie sehr Wunsch und Wirklichkeit hier auseinanderklafften.

Herr Senator Dr. Lohse widerspricht dieser Darstellung. Die Wohnungen, die als fertiggestellt und gebaut dargestellt würden, seien auch tatsächlich gebaut und fertiggestellt. Das Ressort halte die politisch verabredete Zielzahl von 1.400 Wohneinheiten pro Jahr ein. Die Wohneinheiten, die für die Zukunft in der Grafik dargestellt seien, würden auch tatsächlich fertig werden. Im Senat sei zudem verabredet worden, sich auf einige Flächen aus der Liste zu verständigen, die innerhalb der nächsten Monate prioritär zu entwickeln seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10b)	Wohnbauflächen in Bremen (Sofortprogramm Wohnungsbau) -71-	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10c)	Anpassung des BPlan 1118 an den FNP - 63 -	BdV mündlich
-----------------	--	------------------------

Herr Viering berichtet von einer Fläche an der Konrad-Adenauer- Allee, für die der Flächennutzungsplan Wohnbaufläche darstelle. Die Fläche sei nicht in der 40+-Liste enthalten, weil sie sehr kompliziert und zeitintensiv zu entwickeln sei. Es müsse nicht nur das Planungsrecht geschaffen werden, sondern erst einmal Grundstücke gebildet werden, da die Flächen derzeit vielen verschiedenen Eigentümern gehörten. Insofern sei dies ein sehr langfristiges Thema, das aber gleichwohl zu gegebener Zeit angegangen werde.

Herr Imhoff bittet um Ergänzung der Antwort mit einem Lageplan.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10d)	Projekt zur Neuorganisation der Abfallentsorgung und Straßenreinigung/Winterdienst ab dem Jahr 2018 (NAS2018) 2. Sachstandbericht -2-	Vorlage 19/130
-----------------	---	-------------------

Herr Crueger betont, dass dieser Beschluss einem möglichst schlanken und erfolgsversprechenden Verfahren diene. Bereiche wie Grün und Abwasser könnten auch später noch Teil des Gesamtprojektes werden. Jetzt sei es jedoch wichtig, neben der AöR auch einen weiterhin leistungsfähigen UBB zu erhalten.

Herr Janßen erklärt, dass sich seine Fraktion im Großen und Ganzen der Stellungnahme von Verdi anschließe. Es sei wichtig, dass man sich auf den Weg gemacht habe, auch wenn seine Fraktion andere Vorstellungen habe, wie das Konzept aussehen sollte und sich deshalb den Beschlussziffern 2 und 3 nicht anschließen werde. Er fragt, ob die geringere Einbringung von UBB einer Vorfestlegung des Anteils an der AöR gleichkomme und damit eine Entscheidung vorwegnehme, die ansonsten noch politisch getroffen werden müsste.

Frau Dr. Schaefer erinnert daran, dass die Bürgerschaft in der letzten Legislaturperiode beschlossen habe, eine AöR zu gründen, unter deren Dach Müllabfuhr, Winterdienst und Straßenreinigung zusammengefasst würden, aber eben auch Beteiligungen von Privaten vorgesehen seien. Man wolle mehr öffentlichen Einfluss, z.B. auch auf den Bereich tarifliche Entloh-

nung und ökologische Standards. Aber ebenso wichtig seien stabile Müllgebühren und Verlässlichkeit. Die Bremerinnen und Bremer seien in den letzten Jahren mit ihrer Müllabfuhr sehr zufrieden gewesen. Es sei richtig, den Bereich Grünpflege und Friedhöfe vorerst nicht in die AöR zu übernehmen. Im Rahmen der Daseinsvorsorge müsse es 2018 einen reibungslosen Übergang geben. Dies müsse man auch bewerkstelligen können. Eine Vorfestlegung sei dies nicht.

Herr Buchholz weist darauf hin, dass seine Partei grundsätzlich Rekommunalisierung ablehne und er daher die Gründung der AöR und somit die Ziffern 2 und 3 des Beschlussvorschlags auf keinen Fall mittragen werde.

Herr Imhoff erläutert, dass seine Fraktion in der Bürgerschaft den Beschluss zur Gründung einer AöR mitgetragen habe, weil sie der Überzeugung sei, dass uns eine 100%ige Rekommunalisierung nicht weiterbringe. Die Gebührenstabilität sei wichtig, man habe 17 Jahre lang keine Gebührenerhöhung in Bremen gehabt. Es habe also in den letzten Jahren funktioniert und es werde auch in einer AöR weiter funktionieren. Es sei auch wichtig, dass im ersten Schritt der Grün- und Friedhofsbereich nicht mit einbezogen werde. In diesen Bereichen gebe es schon seit Jahren strukturelle wie auch finanzielle Probleme. Eine neue AöR gleich von Anfang an damit zu überfrachten wäre eine zu hohe Bürde und würde in der Kürze der Zeit nicht funktionieren. Deswegen sei eine Beschränkung auf Abfall, Winterdienst und Straßenreinigung genau der richtige Ansatz.

Frau Sprehe macht darauf aufmerksam, dass ein zentraler Punkt, den Bereich Grünpflege nicht sofort in die jetzt zu gründende AöR zu übernehmen, ein steuerlicher Aspekt sei. Wenn tatsächlich für diesen Bereich dann Umsatzsteuer bezahlt werden müsse, könne man dies nicht befürworten.

Herr Senator Dr. Lohse berichtet, dass das vorliegende Konzept im Lenkungskreis erörtert und einhellig befürwortet wurde. Die Zukunft des UBB werde hier nicht präjudiziert. Man brauche eine schlanke Lösung, um 2018 einen reibungslosen Übergang zu schaffen. Zudem müsse in der Tat die Frage der Umsatzsteuerpflicht der Grünpflegeleistungen geklärt werden.

Frau Nanninga führt aus, dass die Struktur einer AöR und die Anteile an den Beteiligungen an den PPP Gesellschaften zwei völlig voneinander getrennte Fragestellungen seien. Mit der AöR gründe die Stadtgemeinde ein Kommunalunternehmen, das künftig für die Aufgaben zuständig sein werde. Dieses Kommunalunternehmen werde sich dann an Gesellschaften beteiligen und die Fragestellung, in welcher Höhe man sich beteiligen werde, sei von dieser organisatorischen Frage losgelöst.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den 2. Sachstandbericht der Verwaltung zur Kenntnis.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der Umsetzung der in dem AöR-Gutachten von Econum Unternehmensberatung zur Ausgestaltung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) im Rahmen des Projekts NAS2018 vom 15.03.2016 empfohlenen Handlungsalternative zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Aufgaben Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit/-reinigung/Winterdienst zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Rechtsgrundlage (Errichtungsgesetz) für die Errichtung einer AöR für Abfallwirtschaft und Stadtsauberkeit/-reinigung zu erarbeiten und diese im Herbst*

2016 der Deputation zuzuleiten.

Zu den Ziffern 2. und 3.: Zustimmung
bei Ablehnung durch die Fraktionen DIE LINKE und FDP

TOP 10e)	Maßnahmen und Bewirtschaftungsplan Salzreduzierung' - Auswirkung auf Bremen -3-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

verschoben in die staatliche Sitzung (TOP 5f)

TOP 10f)	Kompensationsmaßnahmen für die Verfüllung des Übersee- hafens -31-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10g)	Öffentliche Trinkbrunnen in der Stadt Bremen - 3-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

-vertagt-

TOP 10h)	Baumschutz bei Baumaßnahmen im öffentlichen Raum -30-	BdV schriftlich
----------	--	--------------------

Herr Saxe betont, dass das Problem eklatant sei. Kontrollen würden nur als Stichproben erfolgen und selbst dabei habe man auf der Hälfte der Baustellen Mängel oder gar gravierende Mängel in Sachen Baumschutz festgestellt. Dadurch entstünden der Stadt vermutlich Schäden in Millionenhöhe durch vorzeitigen Abgang und mangelnde Verkehrssicherheit bzw. Standsicherheit von Bäumen, aber auch ein enormer Schaden für die Stadtentwicklung und das Stadtklima. Deswegen sei es gut, dass man sich mit den Mitteln, die man zur Verfügung habe diesem Thema vertieft widme. Dies werde hoffentlich dazu führen, dass mehr dieser wichtigen Altbäume etwas länger am Leben gehalten werden können. Zudem werde durch die Erhöhung der Mittel beim UBB zukünftig weiter nachgepflanzt werden können.

Auf die Nachfrage von **Herrn Imhoff** erklärt **Herr Dr. Lampe**, dass Baumaßnahmen im Kronentraufbereich einen Baum grundsätzlich schädigen und daher nur nach Absprache und ggf. unter Auflagen zulässig seien.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zu Kenntnis.

TOP 10i)	Bau einer Bedarfsampel in der Rekumer Straße in Höhe der Kita Farge -5-	BdV schriftlich
----------	---	--------------------

Herr Schwarz führt aus, dass das Thema schon seit siebzehn Jahren diskutiert werde. Es sei nicht nachzuvollziehen, weshalb hier eine Ampel zum Schutz der Kinder abgelehnt werde. Dagegen sei im Jahr 2011 eine Bedarfsampel in der Wachmannstraße /Ecke Carl-Schurz-Straße in einer Tempo 30 Zone mit Straßenbahnverkehr eingerichtet worden. Die Fraktion B'90/Die Grünen und SPD bringe in die Stadtbürgerschaft aktuell einen Antrag ein, dass gerade in Bereichen mit Schulen und Kitas die Überwegungen besonders geschützt werden. Dort seien explizit sichere Querungshilfen genannt. Die Situation vor Ort sei inzwischen auch eine andere,

als noch im Bericht beschrieben. Der Gedenkort Bunker Valentin habe seinen Betrieb aufgenommen, mit über sechstausend Besucherinnen und Besuchern im ersten Quartal, wodurch für die kommenden Jahre ein höheres Verkehrsaufkommen zu erwarten sei. Deswegen stellt er den Antrag, die Deputation möge nicht nur Kenntnis nehmen, sondern ergänzend beschließen, den Senator zu bitten, in Gespräche mit dem ASV einzutreten mit dem Ziel, eine Bedarfsampel entsprechend dem Wunsch des Beirates einzurichten.

Frau Sprehe stellt fest, dass formal nur eine Kenntnisnahme möglich sei. Aber der Denkort Bunker Valentin könne dort tatsächlich ein höheres Verkehrsaufkommen erzeugen, wodurch die Kriterien zur Einrichtung einer Querungshilfe möglicherweise erfüllt würden. Sie bittet daher um eine neue Verkehrszählung zur Fortsetzung des Verfahrens.

Herr Hamann weist darauf hin, dass Ampeln dazu führen, dass der Kfz-Verkehr beschleunige. Von daher sei das Schutzziel mit Ampeln nicht immer zu erreichen. Er sei unzufrieden mit der Aussage zum Zebrastreifen. Es gebe die Möglichkeit, von der Richtlinie abzuweichen und einen Zebrastreifen einzurichten.

Herr Saxe ergänzt, dass die Unfallversicherer Zebrastreifen und Ampeln in der Sicherheit gleichsetzen, allerdings seine Unfälle an Ampeln manchmal schwerer. Die Deputation sei nicht berechtigt, über Maßnahmen der StVO zu entscheiden, von daher müsse man den Bericht zur Kenntnis nehmen. Im Rahmen eines Neuantrages im Rahmen des VEP werde erneut geprüft, ob dort eine Querungshilfe eingerichtet werden könne.

Frau Bernhard weist darauf hin, dass es hier um Kinder gehe. Sie könne die Intention nicht nachvollziehen, warum Ampeln plötzlich schädlich seien. Den Tenor, die Deputation gehe es nichts an, halte sie für unpassend.

Frau Reimers-Bruns stellt fest, dass Parteipolitik der Situation nicht angemessen sei. Alle Parteien im Beirat hätten sich zu diesem Beschluss durchgerungen, weil sich eine veränderte Verkehrssituation darstelle. Sie begrüße ausdrücklich den Appell von Frau Sprehe, die Verkehrssituation erneut zu überprüfen. Zumal es dazu unterschiedliche Aussagen gäbe. Ihr lägen Unterlagen einer Verkehrszählung aus dem Jahr 2012 vor, wonach zu bestimmten Zeiten die erforderlichen Kfz- und Querungszahlen gegeben waren. Zudem zeige eine Bedarfsampel nicht dauerhaft Grün für Autofahrer, sondern bei Bedarf werde ein Signal angefordert und die Ampel wechsele von einem Dunkelfeldsignal auf Rot. Das heißt, die Aufmerksamkeit der Autofahrer sei vorher und nachher genauso gegeben. Sie appelliert an die Deputation, den Senator um erneute Prüfung zu bitten.

Herr Dr. Kountchev erklärt, dass es um ein Verfahren im Rahmen des VEP gehe. Im Rahmen dieses Verfahrens werde diese Prüfung vorgenommen.

Herr Pohlmann stellt den Antrag von **Herrn Schwarz** zur Abstimmung:

„Die Deputation möge ergänzend beschließen, den Senator zu bitten, in Gespräche mit dem ASV einzutreten mit dem Ziel, eine Bedarfsampel entsprechend dem Wunsch des Beirates einzurichten.“

Für diesen Antrag stimmen: die Fraktionen CDU und DIE LINKE

Dagegen stimmen: die Fraktionen der SPD, B'90/ Die Grünen

Enthaltung der FDP

Der Antrag ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10j)	Wichtige Baustellen im Straßennetz in Bremen und umzu für das Jahr 2016	BdV schriftlich
-----------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10k)	Ausbau der Rastanlagen an den Bundesautobahnen im Land Bremen – Ergebnis der Machbarkeitsstudie	BdV schriftlich	L/S
-----------------	--	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 14.04.2016

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10l)	Ursache der Busbrände bei der BSAG -5-	BdV schriftlich	
-----------------	--	--------------------	--

Herr Hamann möchte wissen, ob es sich um einen Konstruktionsmangel handele, für den der Hersteller in Regress genommen werden könne.

Herr Hajek erläutert, dass man nach den Bränden die Prüfbücher und die letzten Prüfberichte geprüft habe. Die dort aufgetretenen Mängel seien bei Fahrzeugen mit dieser Laufleistung im Stadtbetrieb nicht ungewöhnlich. Es sei nicht auszuschließen, dass die Mängel, die laut Brandgutachten zu den Bränden geführt hatten, bei regelmäßigen Überwachungen und Sicherheitsprüfungen übersehen werden könnten. Bei dem einen Bus kam es am Zylinderkopf zu einer Undichtigkeit, die austretende Flüssigkeit habe sich dann durch Hitzeentwicklung entzündet. Bei dem anderen Bus, der eine Sonderkonstruktion sei, kam es am Antriebsstrang zu Hitzeentwicklungen. Die BSAG habe die entsprechenden Busse sofort aus dem Verkehr genommen und repariere sie aktuell. Die Firma Solaris arbeite eng mit der BSAG zusammen und werde die Vorfälle bei weiteren, neuen Konstruktion berücksichtigen. Aufgrund der Laufleistung und dem Stadtbetrieb lasse sich so etwas leider nie völlig ausschließen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 10m)	Verkehrsführung während der Bauphase des BA 2/2 der BAB 281 -5-	BdV schriftlich	L/S
-----------------	---	--------------------	-----

Siehe auch Protokoll der 9. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 14.04.2016

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 11	Verschiedenes		
TOP 11a	Sachstand der Planungen zum Schuppen 3		

Frau Prof. Dr. Reuther und **Herr Dr. Kühling** berichten anhand von Präsentationen, die jeweils als Anlage diesem Protokoll beigefügt sind, über die aktuellen Planungen.

Herr Bücking erklärt, dass er verärgert sei über den Umgang mit den dargestellten Änderungen. Diese seien zwar überzeugend und nachzuvollziehen, es handle sich aber durchaus um bedeutsame Änderungen gegenüber der ursprünglichen Planungen und diese hätten der Deputation vorher vorgestellt werden müssen. Wenn die gemeinsam gestaltete Ausschreibung nicht zum Erfolg führe, dann müsse man sich gemeinsam mit beiden Deputationen damit beschäftigen und eine gemeinsame Schlussfolgerung ziehen. Es sei ein Versäumnis, der beiden beteiligten Ressorts, dies nicht initiativ getan zu haben. Er bittet darum, dies in Zukunft anders zu handhaben.

Frau Bernhard schließt sich dem letzten Punkt vollumfänglich an. Es gehe um massive Veränderungen und es werde hier der Eindruck erweckt, als sei das nicht der Fall. Dieser Veränderungsprozess sei nicht sehr transparent gestaltet worden und dies sei eine bedenkliche Entwicklung. Sie möchte wissen, ob die bisher dort ansässige Kreativwirtschaft einbezogen wurde und ob und zu welchen Bedingungen sie dort wieder untergebracht werde.

Herr Pohlmann betont, dass die Verantwortung für das Gesamtprojekt bei beiden Ressorts liege. Dieses Projekt abzusichern sei insgesamt ein Erfolg. Im Rahmen der Wohnungsbauoffensive würden dort mehr Wohnungen als ursprünglich geplant realisiert werden können und zudem betrage der Anteil an sozialgefördertem Wohnungsbau nicht 25, sondern sogar 30%. Auch das sei ein Erfolg. Der Beirat vor Ort schätze das Konzept und die Ergebnisse fraktionsübergreifend positiv ein. Er teile jedoch die Kritik, dass man insgesamt eine bessere Vernetzung brauche, auch auf Deputationsebene. Daneben seien das Nahversorgungskonzept wie auch das Verkehrskonzept in der Überseestadt immer noch eine große Fragestellung, die sowohl den Wirtschaftsstandort aber auch die Entwicklung des Wohnquartiers betreffe. Insgesamt stehe die Überarbeitung und Aktualisierung des Masterplans Überseestadt an. Er schlägt vor, diese gemeinsam mit Wirtschafts- und Baudeputation zu erarbeiten und zu beraten.

Frau Neumeyer stellt fest, dass sich Planungen ändern können, die erste Planung liege bereits mehrere Jahre zurück. Die erste Ausschreibung sei gescheitert, daher freue sie sich, dass man jetzt einen Investor gefunden habe, der solch ein Projekt realisieren wolle. Ihr sei auch die Sozialwohnungsquote wichtig und daher sei es sehr zu begrüßen, wenn ein Investor sogar 30% geförderte Wohnungen bauen wolle. Das Verkehrskonzept, insbesondere die Parkplatzsituation in der Überseestadt sei ebenfalls dringen zu bearbeiten. Daher unterstütze Sie den Vorschlag.

Herr Imhoff betont, dass die CDU das Projekt außerordentlich begrüße und sich freue, dass jemand gewonnen werden konnte, der in die Stadt investiere. Die Verantwortung, daraus zu lernen, wenn eine Ausschreibung, ein Konzept nicht zum Erfolg führe, hätten auch die Politikerinnen und Politiker und vor allen Dingen die Regierungskoalition. Der schwarze Peter dürfe nicht der Wirtschaft zugeschoben werden.

Herr Dr. Kühling führt aus, dass man sich natürlich intensiv Gedanken gemacht habe, warum das Projekt nicht zu einer positiven Ausschreibung gekommen sei. Man habe festgestellt, es bedarf einer städtebaulichen Überarbeitung und diese wurde diskutiert. Es sei geplant gewesen, die Deputation mit den Ergebnissen zu begrüßen. Dann sei ein Angebot eingegangen, mit dem umzugehen war. Es wurden die rechtlichen Prüfungen durchgeführt und geklärt, ob man ein Projekt erhalte, das den Deputationen vorgeschlagen werden könne. Dies sei der Stand. Sicher könne man in Zukunft noch einiges optimieren. Die Veränderungen seien jedoch nicht so grundsätzlich, wie es hier dargestellt worden sei, sondern im Wesentlichen Punkte, die bereits Grundlage der Ausschreibung und des Planaufstellungsbeschlusses gewesen seien. Hinsichtlich der Kreativwirtschaft sei die WFB kontinuierlich im Gespräch mit den dortigen Mietern und habe ihnen auch Angebote für die Dauer der Bauphase gemacht. Die Bahnmeisterei sei dazu speziell für die Kreativwirtschaft ausgebaut worden. Die Konditionen für die Kreativwirtschaft die in der Ausschreibung vereinbart wurden, würden auch weiter gelten. Der Investor habe auf der Grundlage der von Geoinformation Bremen ermittelten Kaufpreisan-

forderungen ein Angebot abgegeben. Die konzeptionellen Überlegungen zum Einzelhandel und zum Verkehr würden selbstverständlich den Deputierten vorgestellt werden.

Frau Prof. Dr. Reuther ergänzt, dass sich das Preisniveau für den sozialen Wohnungsbau am Schuppen 3 an den üblichen Rahmenbedingungen orientieren werde.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Bericht zu den Planungen einer Umgestaltung des Lucie-Flechtmann-Platzes	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Saffe	19.05.2016
Sachstandsbericht zum „Bunten-torsteinweg 40“	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	Geplant nach der Schlichtung mit dem Beirat
Bericht zum Baubeginn der Sanierungsmaßnahmen an der Habenhauser Brückenstraße und die Baustelleneinrichtung für den Weiterbau der A 281	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	09.06.2016
Sachstand Kriminalprävention bei großen Bauvorhaben	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Neumeyer	Geplant zu einer der nächsten Sitzungen
Baumfällungen im Wätjens Park Dissens Denkmalschutz – Baumschutz	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Dr. Schaefer	09.06.2016
Entwicklung Überseestadt	Gemeinsame Beratung mit der Deputation WAH	Zu einer der nächsten Sitzungen
Bericht zur Umsetzung des Entwicklungsbereiches Vorderes Woltmershausen	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Schiemann	09.06.2016
Möglichkeiten im Gebiet Sacksdamm	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Bernhard	Zu einer der nächsten Sitzungen
Sachstand zum Hartmannstift und zum Grohner Grün	Schriftlicher Berichtswunsch von Frau Sprehe	09.06.2016

Herr Pohlmann schließt die 8. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll